



Kompromiss gesucht – Trilog zum Europäischen Solidaritätskorps hat begonnen

Das Europäische Parlament hat am 12. März 2018 den Bericht zum Europäischen Solidaritätskorps (ESC) des Ausschusses für Kultur und Bildung (CULT) in erster Lesung ohne weitere Aussprache angenommen und damit die Weichen für den Beginn der Trilogverhandlungen gestellt (siehe auch EKD-Europa-Informationen Nr. 155 und 156). Am 12. April 2018 haben sich die Beteiligten, die EU-Kommission, die Mitgliedsländer der EU sowie das Europäische Parlament, erstmalig getroffen, um einen Kompromiss zur Ausgestaltung des ESC zu erarbeiten. Ziel ist, dass neue Programm so schnell wie möglich zu verabschieden. Die Berichterstatterin, Helga Trüpel, aus dem CULT-Ausschuss (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) vertritt in den Verhandlungen die Seite des Europäischen Parlaments. In den Gesamtbericht des Europäischen Parlaments, der über 40 Änderungsanträge umfasst, sind Vorstellungen und Wünsche aus sieben Ausschüssen (u.a. Beschäftigung, Landwirtschaft, Umwelt, regionale Entwicklung) eingeflossen. In einigen wichtigen Punkten liegen die drei Verhandlungspartner, EU-Mitgliedsstaaten, EU-Kommission und EU-Parlament weit auseinander. Die Liste der Punkte beginnt mit dem Programmnamen. Der Vorschlag der EU-Kommission und die Position der Mitgliedsländer präferieren den Namen „Europäisches Solidaritätskorps“. Insbesondere wegen der militärischen Konnotation des Begriffs „Korps“ schlägt das EU-Parlament die Bezeichnung „Europäischer Solidaritäts- und Freiwilligendienst“ vor. Weiter verschiebt der Bericht des Parlaments an einigen Stellen die Einordnung des Programms aus dem jugendpolitischen Kontext (Lernmobilität, interkulturelles Lernen, Entwicklung der Persönlichkeit) in den engagementpolitischen Kontext (Hilfe, praktische Unterstützung). Auch dies könnte zu Diskussionen führen. Strittiger Punkt sind daneben die Fördermöglichkeiten für Praktika und Jobs. Nur fünf Prozent des Förderbudgets sollte dieser Beschäftigungsstrang im ESC laut EU-Parlament ausmachen. Der Vorschlag der EU-Kommission sieht einen Anteil von 20 Prozent vor. Die EU-Mitgliedsstaaten hatten sich dieser Position angeschlossen. Aus Sicht des EU-Parlaments sollte der Kreis der förderberechtigten Organisationen grundsätzlich auf Non-Profit-Einrichtungen beschränkt werden. EU-Kommission und EU-Mitgliedsstaaten vertreten hier eine Öffnung. Zu diesem Dissens kommt hinzu, dass bereits Pläne der EU-Kommission, Freiwillige bei der Fußball-Europameisterschaft 2020 einzusetzen, öffentlich geworden sind. Deutlicher als die EU-Mitgliedsstaaten und EU-Kommission fordert das Europäische Parlament eine Finanzierung des Europäischen Solidaritätskorps aus zusätzlichem Geld. Für Diskussionsstoff wird weiter das Thema der geografischen Reichweite sorgen. Hier wird zu klären sein, ob die Partnerländer gleichberechtigt mit den Programmländern Teil des ESC werden. Im Gegensatz zur Position der EU-Mitgliedsstaaten beschränkt sich die Haltung des Parlaments darauf, eine Beteiligung aller bisher am Europäischen Freiwilligendienst beteiligten Länder erst bis Ende 2020 einzufordern, aber Solidaritätsaktionen in Drittländern sollen von Beginn an ermöglicht werden. Auch wird keine



aej

Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend
in Deutschland e.V.

Übertragung der Mittel aus Erasmus+ für Freiwilligenaktivitäten in Partnerländern gefordert, so wie dies die Mitgliedsländer gefordert haben. Für Träger und Antragsteller im Europäischen Freiwilligendienst wäre die beste Lösung den europäischen Freiwilligendienst bzw. Solidaritätseinsätze nicht in zwei unterschiedlichen Programmen zu finden und folglich die Partnerländer und das Budget für diese in den ESC zu integrieren. Der Bericht des Europäischen Parlaments legt sehr viel mehr Wert darauf, den ESC als ein Programm für mehr Inklusion und Diversität zu formen als es der Vorschlag der EU-Kommission tut. Eine Forderung dazu aus dem Parlament lautet dementsprechend, den Zugang zum ESC für junge Menschen nicht ausschließlich über das existierende Online-Portal zu organisieren, sondern Alternativen zu ermöglichen, die insbesondere den bisherigen unterstützenden Trägern und Organisationen eine wichtige Vermittlungsrolle überträgt. Die Forderung des Europäischen Parlaments Solidaritätsdienste im Inland nur jungen Menschen mit Benachteiligungen zugänglich zu machen, stößt bei den Trägern und Organisationen dagegen auf breite Ablehnung. Dies stigmatisiere junge Freiwillige und verleihe zudem dem Freiwilligendienst insbesondere in Ländern, in denen er noch nicht so verbreitet ist, ein falsches Image. Ob zu den strittigen Punkten bis zum Sommer einvernehmliche Lösungen und Kompromisse gefunden werden ist schwierig abzusehen.

24.4.2018

Doris Klingenhagen

E-Mail: dk@aej-online.de

www.evangelisches-infoportal.de